

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9039/39  
Telefax: 866 846 ppbn d  
Telefax: 21 0664

## Inhalt

Hans Koschnick MdB  
zur Diskussion um den  
Unionsvertrag in Mos-  
kau: Ein Imperium muß  
sich wandeln.

Seite 1

Hans Büchler MdB zu  
einer Initiative sozial-  
demokratischer  
Deutschlandpolitiker:  
Vom Grenzkontroll-  
zum Fahrradweg?

Seite 2

### Dokumentation

Unter dem Titel die  
"Modernisierung der  
SPD" hat die  
"Arbeitsgruppe Partei-  
reform" beim  
Landesvorstand der  
NRW-SPD eine Analyse  
vorgelegt. Wir  
dokumentieren das  
Papier in mehreren  
Teilen. (Teil II)

Seite 3

45. Jahrgang / 241

18. Dezember 1990

### Ein Imperium muß sich wandeln

Zur Diskussion um den Unionsvertrag in Moskau

Von Hans Koschnick MdB

Vorsitzender der Kommission für internationale Beziehungen beim  
SPD-Parteivorstand

Dem sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow, seinen Be-  
ratern und seinen ihn und den bisherigen Kurs von Perestrojka und  
Glasnost unterstützenden Sympathisanten ist klar, daß der bisherige  
staatsrechtliche Rahmen der UdSSR den An- und Herausforderungen  
der Jetztzeit nicht mehr entspricht. Seit den Veränderungen in den  
zentral- und südosteuropäischen Staaten sowie dem Nachlassen des  
einstigen staatskommunistischen Polizeiterrors in der Union selbst be-  
gehren die Völker dieses noch bis in die zaristische Zeit zurückrei-  
chenden Imperiums auf.

Die Wiedergewinnung der unterdrückten nationalen Identitäten ver-  
bunden mit jahrzehntelangem aufgestauten, individuellen Freiheitswü-  
len und einem unbegrenzten Horizont sozialer Erwartungen stellen die  
oberste sowjetische Führung vor eine Herausforderung, die nur mit der  
Quadratur des Kreises zu beschreiben ist. Einer Lawine gleich legt sich  
über alles dieses der Zusammenbruch des bisherigen Wirtschaftssy-  
stems.

Europa wie die Vereinigten Staaten von Amerika versuchen der So-  
wjetunion wirtschaftlich zu helfen, doch kann dies nur Hilfe zur Selbst-  
hilfe sein, nicht aber immerwährende Alimentation der Grundbedürf-  
nisse.

Daß jetzt zur Diskussion anstehende staatsrechtliche Gerüst soll nicht  
nur die Beziehungen der einzelnen Republiken mit dem Mittelpunkt  
Moskau, sondern auch untereinander regeln. Schon jetzt haben ein-  
zelne Republiken starke Vorbehalte angemeldet; auch die größte Ein-  
zelrepublik, die russische Föderation, ist nicht mit allem zufrieden, wo-  
bei dies nicht nur auf den Gegensatz der Temperamente zwischen Mi-  
chail Gorbatschow und Boris Jelzin zurückgeht. Was immer man zum  
vorgelegten Vertrag sagen kann und wie immer man seine Chancen  
beurteilt, einen markanten Fehler hat er zumindest in den Augen der  
baltischen Republiken jetzt schon: Er nimmt die historische Einzigartig-  
keit dieser Staaten nicht zur Kenntnis und geht floskelhaft der Grund-  
frage der von den baltischen Völkern erklärten Wiederherstellung ihrer  
1940 durch den Hitler-Stalin-Pakt zerstörten Unabhängigkeit aus dem  
Wege.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus i/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.



Hier aber werden Gorbatschow und seine Freunde vor die wohl entscheidendste Gretchenfrage des gesamten Reformwerks gestellt. Von ihrer Beantwortung aber hängt nicht nur die Zukunft einer neugestalteten Union der Republiken östlich des Bugs bis Wladiwostok ab, auch das Europa westlich davon, das zur Zeit in einer neuen Phase seines Einigungsprozesses steht, wird die Behandlung der baltischen Republiken zu einem Prüfstein machen müssen, ganz zu schweigen vom dauerhaften Verhältnis zwischen Washington und Moskau selbst.

Die deutschen Sozialdemokraten sind keinesfalls Anhänger eines überbordenden oder geschichtlich überholten Nationalismus, aber sie stehen fest in der Tradition der nationalen und kulturellen Identität von Völkern einschließlich deren Recht auf Selbstbestimmung und staatliche Unabhängigkeit.

Den baltischen Völkern kann dieses ebenso verwehrt werden wie Völkern der Dritten Welt. Wichtig ist, daß angesichts der Schwierigkeit eines solchen Prozesses die Methoden friedlich bleiben und Sensibilität im Umgang mit den Interessen aller Beteiligten vorhanden sein muß. Daher müssen jüngste Äußerungen aus Kreisen der militärischen Führung in Moskau Sorge bereiten, da darin ein Eingreifen der Armee nicht ausgeschlossen wird. Hier ist es an der Zeit, ein deutliches Wort zu sagen, gerade weil wir für die Zukunft ein gutes, ja ein partnerschaftliches Verhältnis zu der großen Union im Osten wünschen.

Der Weg nach Europa, zu dem sich auch Gorbatschow mehrfach bekannt hat, und die Vorstellung eines gemeinsamen europäischen Hauses darf nicht dadurch gestört werden, daß die Entscheidung und der Wille von Völkern nicht respektiert werden. Es wäre kurzsichtig, wenn einige in der Sowjetunion glaubten, in den baltischen Republiken das Rad der Geschichte dort festzuhalten, wo zwei Diktatoren es einmal hingeroht haben.

(-/18. Dezember 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Vom Grenzkontroll- zum Fahrradweg?** **Zu einer Initiative sozialdemokratischer Deutschlandpolitiker**

**Von Hans Büchler MdB**

Wachsende Zustimmung findet der Vorstoß, den ich zusammen mit meinen Kollegen der SPD-Bundestagsfraktion Reinhold Hiller (Lübeck) und Rolf Schwanitz (Plauen) zur Schaffung eines Fahrradweges entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze unternommen habe. Wir hatten kürzlich den Bundesminister im Bundeskanzleramt Seiers und die Ministerpräsidenten der Bundesländer an der ehemaligen Grenze aufgefordert, sich für die Errichtung eines solchen Fahrradweges einzusetzen. Der Kontrollweg der ehemaligen DDR-Grenztruppen ist zumindest streckenweise als Fahrradweg geeignet. Daneben gibt es parallel zu den Kontrollwegen gut befestigte, mit solidem Untergrund gebaute, schmale geteerte Straßen beiderseits des ehemaligen Grenzstreifens, die ideale Fahrradwege abgeben könnten.

Diese Wege, für den Autoverkehr zum großen Teil gesperrt, würden mit den Interessen des Naturschutzes nicht kollidieren. Es geht uns schließlich um die Bewahrung des einmaligen Ökosystems, das entlang der ehemaligen Grenze über Jahrzehnte gewachsen ist. Eine sinnvolle Kombination von Naturschutz und Fahrradweg ist möglich, wenn der Grenzstreifen nicht weiter "zerstört" wird. Wir hatten die Adressaten unseres Briefes daher auch aufgefordert, entlang der früheren innerdeutschen Grenze in Ihren jeweiligen Bundesländern nicht vorschnell vollendete Tatsachen zu schaffen.

Nunmehr liegen erste positive Reaktionen vor. Bundesminister Seiters teilte mit, daß der Bundesminister für Verkehr die Straßenbauverwaltungen der betroffenen Bundesländer um Prüfung bittet, inwieweit Abschnitte des ehemaligen innerdeutschen Grenzstreifens in die Planungen für ein Radwegenetz einbezogen werden können. Ministerpräsident Engholm (Schleswig-Holstein) will sich für den Vorschlag einsetzen und kündigte eine Bundesratsinitiative an.

Engholm hofft, wie er in seinem Schreiben an Reinhold Hiller und mich mitteilt, daß es mit vereinten Kräften möglich sein wird, die Idee eines Fahrradweges zu verwirklichen, "um ein lebendiges und naturnahes Mahnmal der Geschichte Deutschlands zu erhalten".

Der niedersächsische Ministerpräsident Schröder begrüßte die Initiative ebenfalls und verwies darauf, daß auch der Städte- und Gemeindebund von Sachsen-Anhalt ihre Unterstützung erklärt haben.

Der hessische Ministerpräsident Wallmann bezeichnete es als Anliegen seiner Landesregierung, die wertvollen Biotop im ehemaligen Grenzstreifen möglichst weitgehend zu erhalten und zu schützen. In diesem Zusammenhang sei der Vorschlag, unter Ausnutzung bereits vorhandener Wege entlang der früheren innerdeutschen Grenze einen Fahrradweg einzurichten, interessant. Die zuständigen Ressorts der Landesregierung wurden mit einer Prüfung beauftragt.

Man kann also optimistisch sein, daß es in absehbarer Zeit möglicherweise zu einer gemeinsamen Initiative im Bundesrat kommt, die von der SPD-Bundestagsfraktion voll unterstützt würde. Ich bin nunmehr zuversichtlich, daß es gelingen wird, den früheren Todesstreifen so zu nutzen und umzugestalten, daß die Belange des Naturschutzes gewahrt bleiben und eine schonende Verkehrsnutzung möglich wird.

(-/18. Dezember 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Die Modernisierung der SPD (II)**

Unter dem Titel "Die Modernisierung der SPD" hat die "Arbeitsgruppe Parteireform" beim Landesvorstand der NRW-SPD eine Analyse vorgelegt. Autoren sind: Gabriele Behler, Friedhelm Julius Beucher, Wolfgang Hahn-Cremer, Barbara Hendricks und Bernhard Kasperak. Mitautoren sind Bodo Hombach, Axel Horstmann, Karl-August Kamilli, Joachim Poß und andere. Wir veröffentlichen das Papier in mehreren Teilen.

#### **Unsere Prinzipien haben sich durchgesetzt**

Trotz der zeitlosen Gültigkeit unserer Grundwerte können wir beobachten: Die traditionelle gesellschaftspolitische Programmatik und Problemsicht der Sozialdemokratie hat sich mit ihrem 125jährigen Geburtstag weitgehend erschöpft. Diese Erkenntnis rüttelt am alten Selbstverständnis unserer Partei und wird trotz 'F90' von vielen nicht wahrgenommen oder verdrängt. Doch wenn wir verantwortlich regieren wollen - Ziel der Politik mit Gestaltungsabsicht -, kommen wir um einen mühevollen, doch notwendigen Prozeß innerer Aufklärung nicht herum.

Viele der alten Ziele der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung sind inzwischen erreicht. Darauf können wir stolz sein. Wer sich dagegen allein auf unser tradiertes Selbstverständnis berufen will, läuft Gefahr, mit dem Erfolg unserer Politik überflüssig zu werden. Sozialdemo

kraten und Gewerkschafter stehen vor der bemerkenswerten Aufgabe, diese Erfolge ihrer Politik in ihr Denken zu integrieren. Man kann nicht auf einer bestimmten Problemsicht beharren, wenn man ständig selbst dazu beiträgt, die beklagten Probleme zu lösen oder zu mildern.

Wir leben in einer sozialdemokratisch geprägten Gesellschaft: Kaum jemand will an ihren Grundregeln rütteln, niemand stellt die Systemelemente Marktwirtschaft, soziale und ökologische Steuerung - einschließlich vielfältiger Beispiele staatlicher Intervention und Planung - infrage. Auch die Christdemokraten nicht. Selbst den Liberalen bleibt nur die Rhetorik der Systemveränderung.

Wir identifizieren uns mit dieser Gesellschaft. Sie muß nicht grundlegend geändert werden. Sie ist allerdings, unter Wahrung und Nutzung dieser Elemente an vielen Stellen zu verbessern: Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft, eine humane Beschäftigungspolitik und die Gleichstellung der Frauen sind Teil der innovativen Möglichkeiten dieser gesellschaftlichen Ordnung.

Ein der Zeit angemessenes, aufgeklärtes Verhältnis zur Marktwirtschaft bedeutet nüchterne Bilanz ihrer Möglichkeiten und Beschränkungen auf dem jeweiligen Stand der technologischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung und Erkenntnisse. Fortschritt muß auf dem jeweilig neuesten Stand der Erkenntnis immer wieder neu bestimmt werden. Wir kennen uns zum Prinzip der permanenten Reform und wissen, daß wir uns damit dauerhafte Lernfähigkeit abfordern.

#### **Ideologischer Ballast behindert zeitgemäße Sicht der Dinge**

Wenn die SPD wieder in die politische Offensive gelangen und bei den Wählern neue Attraktivität gewinnen will, muß sie für die schwierigen und drängenden Fragen, die den gegenwärtigen Generationen gestellt sind, Lösungen aufzeigen, die klar, aufrichtig, praktikabel und konsequent sind. Zu diesem Modernisierungsprozeß gehört, daß sich die SPD von ideologischen Altlasten befreit, die nicht mehr aktuell sind, und für die niemand mehr wirklich zu kämpfen bereit ist.

**Reformbedürftig** sind selbst Elemente unserer traditionellen Sichtweise, die für die Identität der Sozialdemokratie wichtig waren. Es ist unverkennbar, daß auch von den meisten Arbeitnehmerinnen der Ausbau und die Aufstockung der Sozialleistungen über das Wirtschaftswachstum und den Produktivitätsfortschritt hinaus nicht mehr für erreichbar gehalten wird.

Es bleibt aber die Frage, ob die Struktur der sozialen Sicherung noch für die gegenwärtigen und absehbaren Risiken taugt, ob ihre innere Dynamik noch den Bedürfnissen und Möglichkeiten weiter Bevölkerungskreise entspricht. Je mehr Bildung und soziale Sicherheit erreicht werden kann, desto mehr verlieren kompensatorische Politikkonzepte ihre Funktion. Andererseits sind Formen staatlicher Finanzierung, die für Ausnahmesituationen geschaffen wurden, systemwidrig zur staatlichen Regelleistung ausgewachsen. Die Staatliche Verschuldungspolitik läuft zudem zunehmend Gefahr, die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand infrage zu stellen.

Viele Elemente des Sozialstaats sind historisch gewachsen und halten inzwischen oft auch für jene Regelleistungen bereit, die ihrer nicht oder nicht in erster Linie bedürfen. So trägt scheinbare Gleichheit eher zur Verstärkung von Ungleichheit bei, statt sie zu mindern. Die dadurch gebundenen Mittel könnten besser eingesetzt werden, um insbesondere den Bevölkerungsgruppen zu helfen, bei denen sich mehrere Formen der Unterprivilegierung addieren. Sie drohen an den gesellschaftlichen Rand zu geraten, ohne daß die gegenwärtigen Instrumente der sozialen Sicherung ausreichende Hilfen bieten.

Soziale Gerechtigkeit wird immer mehr zur Umverteilungsfrage, denn sie läßt sich nicht dauerhaft mit steigendem Wirtschaftswachstum erreichen. Dies gilt erst recht für unser Verhältnis zu

den krisengeschüttelten Ländern Osteuropas und der sogenannten "Dritten Welt". Wenn wir nicht bereit sind, von unserem Wohlstand abzugeben, um in diesen Ländern Arbeits- und Lebensverhältnisse zu schaffen, die den Menschen ein Verbleiben in ihrer Heimat möglich macht, werden sie in wachsender Anzahl in den entwickelten Industrieländern Zuflucht und Überlebenschancen suchen.

Weitere Wirtschaftsleistungen werden benötigt, um den Aufbau in den neuen Bundesländern und um im Westen Strukturwandel und ökologischen Umbau zu schaffen. Dabei drohen die Folgekosten weiteren Wachstums seinen Nutzen zu übersteigen. Und selbst wenn die deutsche Vereinigung und die derzeitige Hochkonjunktur Wachstumsschübe verursachen, müssen wir uns auf ihre Grenzen einstellen.

Die betriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist sicher in manchen Details und in Klein- und Mittelbetrieben noch ausbau- und verbesserungsfähig, doch im Grundsatz haben wir einen Grand an Mitwirkungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer erreicht, bei dem gewerkschaftliche Forderungen nach erweiterter Mitbestimmung leider nur noch begrenzten Widerhall finden. Anders bei der Humanisierung von Arbeitssituationen: hier muß dem wachsenden Bedürfnis nach mehr Selbstbestimmung entsprochen werden.

Mit Forderungen nach einer prinzipiell anderen Gesellschaftsordnung, etwa mit vorherrschender staatlicher Wirtschaftstätigkeit, lassen sich weder glaubwürdige noch wirkungsvolle Antworten auf die heutigen Fragen geben. Schon in der Vergangenheit wurden solche Forderungen, auch programmatischen Aussagen zum Trotz, nie wirklich von der SPD auf die Tagesordnung gesetzt. Auch künftige sozialdemokratische Regierungen werden sie nicht verfolgen. Kontinuität unserer Politik ergibt sich durch die Praxis, die Lebensverhältnisse zu bessern, und nicht durch einen theoretisch begründeten grundsätzlichen Gegensatz zum Bestehenden. Der Abschied von alten Lebenslügen sollte uns nicht schwer fallen, denn sie sind nutzlos und führen nur zu politisch folgenlosen Grundsatzdebatten, die im übrigen zur Konsequenz haben, daß eine regierende Sozialdemokratie sich in ihrer täglichen Arbeit mit Parteibeschlüssen konfrontiert sieht, von denen sie bei Beschlußfassung schon weiß, daß sie sie gar nicht umsetzen kann.

Die alten integrativen Legenden führen auch dazu, daß Kritik und neue Konzepte zwar die Debatten in internen Zirkeln beherrschen, aber dieses "Unter uns Gesagte" öffentlich und auch in der Partei verschwiegen wird. Das führt zu Frust in den eigenen Reihen und zu einem zwiespältigen öffentlichen Erscheinungsbild.

Mit dieser Praxis kann eine schwierige Diskrepanz zwischen privatem und parteiöffentlichem Auftreten verbunden sein: Viele sind in ihren Berufen erfolgreich und pflegen einen gehobenen Lebensstil. Das sei Ihnen gegönnt. Es gibt keine sozialdemokratische Norm für Lebensart und Habitus.

Deshalb wird es problematisch, wenn Leute, die keine existenziellen Gefährdungen zu befürchten haben, zu heftigen moralischen Rigoristen werden oder in ihrer Rolle als "Genossen" anderen Askese empfehlen und hohe Lieder auf das Arbeitsleben singen. Solche Versteckspiele und ein besonderes Hemd für Parteiversammlungen sind überflüssig, denn die SPD als modernes Bündnis lebt von der Toleranz und der Integration verschiedener Lebensstile und Wertebindungen, muß verschiedene Entwicklungsgeschwindigkeiten miteinander vereinbaren können und mit der "Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen" leben.

**Die Geschwindigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung und die Erneuerungsfähigkeit der Politik**

Visionen sind Antithesen zu bestehenden schlechten Umständen. Wir befinden uns derzeit in einer Umbruchphase, in der die mit Arbeitslosigkeit, Armut und ungerechter Einkommensverteilung verbundenen Nöte noch nicht ausgeräumt wurden, obwohl sie angesichts unseres gesellschaftlichen Reichtums längst anachronistisch sind. Der zu ihrer Behebung offen gebliebene Forderungsbestand ist also weiterhin geltend zu machen - mit neuen Konzepten allerdings.

Um eine politische Alternative für die Zukunft zu begründen, reicht aber die Forderung nach Behebung dieser traditionellen Nöte nicht aus, denn längst sieht sich ein Großteil der Bevölkerung - relativ schichtunabhängig - von jenen Risiken bedroht, die im weitesten Sinne mit Ökologie zu tun haben. Zugleich gehen mit befriedigten ökonomischen Bedürfnissen neue Sinnfragen und eine sich wandelnde Werte hierarchie einher.

Für zeitgemäße sozialdemokratische Politik, die sich den Zukunftsaufgaben stellt, müssen wir das Verhältnis von politischen Zielen und der Rolle der Instrumente neu bestimmen. Wir neigen dazu, die Instrumente und die Debatte über Instrumente zu ideologisieren, anstatt uns auf Ziele zu verständigen, die einer zeitgemäßen Interpretation unserer Grundwerte entsprechen. Die SPD hat dem Volke in den letzten Jahren komplizierte Instrumentendebatten - über Öko- und Umbausteuer zum Beispiel - zugemutet. In der Oppositionsrolle sollte sie besser die Ziele ihrer künftigen Regierungspolitik aufzeigen.

Damit bestimmt sich auch die Rolle von Programmen neu. Ein Programm, und sei es noch so gut und fortschrittlich, schafft keine Mehrheiten. Nur die Verbindung von Programmatischem mit praktischer Umsetzung, die etwas mit den wirklichen Sorgen und Hoffnungen der Bürgerinnen zu tun hat, die erkannte Probleme wirklich löst, ist das eigentlich Inhaltliche der Politik.

Die politische Reflexion hinkt den gesellschaftlichen Veränderungen hinterher. Die gesellschaftliche Dynamik wartet nicht, bis die SPD bereit ist mitzudenken und mitzugestalten. Deshalb plädieren wir für Handlungsplattformen, die Ziele unserer Reformpolitik beschreiben und es den handelnden Sozialdemokraten auf den verschiedenen Ebenen aufgeben, die Instrumente nach den jeweils neuesten Erkenntnissen zu bestimmen.

Die Auseinandersetzung mit den anderen Parteien, geht nicht mehr um die bessere Ideologie, sondern um die sozialere und intelligentere Problemlösung. Dabei müssen wir wechselnde Moden von jenen gesellschaftlichen Innovationen unterscheiden, die bleibenden und strukturbildenden Charakter haben, auf die sich unsere Politik also einstellen muß, weil wir um Mehrheiten ringen.

(Den dritten Teil veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe).

(-/18. Dezember 1990/rs/fr)

\*\*\*\*\*